

# POSITIONSPAPIER DES IDZ ZUM WAHLJAHR 2024

Perspektiven und Thesen zur Gefährdung und  
zum Schutz der demokratischen Kultur in  
Thüringen

Mai 2024

*Dieses Positionspapier des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena fasst die Herausforderungen zusammen, die sich für die demokratische Kultur in Thüringen ergeben, insbesondere in Hinblick auf die anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen 2024 – perspektivisch aber weit darüber hinaus. Auf Basis sozialwissenschaftlicher Forschungsbefunde wird diskutiert, was in den nächsten Monaten und Jahren gegen die fortschreitende Demokratiegefährdung und für die Zukunft eines weltoffenen Thüringens getan werden kann.*

Trotz der seit Januar 2024 auch in Thüringen intensivierten Proteste gegen Rechtsextremismus und der öffentlichen Debatte um den Charakter der **AfD als demokratiefeindliche und -gefährdende Partei** deuten die aktuellen demoskopischen Befunde darauf hin, dass die AfD in Thüringen bisher nur wenig an Unterstützung durch (potenzielle) Wähler\*innen einbüßt. Besondere Unterstützung erfährt die AfD im ländlichen Raum. Dort hat die politische Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung **angesichts des starken demografischen Wandels und verdichteter sozioökonomischer Problemlagen** sowie der multiplen Krisenerfahrungen ein besorgniserregendes Maß erreicht. Das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Akteur\*innen und Institutionen ist seit Jahren gesunken, während populistische Aussagen erhebliche Zustimmung erfahren und ethnozentrische Einstellungen zuletzt wieder angestiegen sind (Reiser et al. 2024).

Einer der wichtigsten **Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge der AfD** ist die Verbreitung ethnozentrischer (d. h. migrationsablehnender, rassistischer und nationalistischer) und demokratieskeptischer bis -ablehnender Einstellungen. Dieser Zusammenhang ist durch die sozialwissenschaftliche Forschung zur politischen Kultur im Freistaat empirisch belegt und tritt gerade in den dörflichen und klein- bis mittelstädtischen Sozialräumen markant zutage (Richter/Salheiser/Quent 2019a, 2019b; Salheiser/Richter 2021; Richter/Salheiser/Quent 2022; Best/Salheiser 2022). In Teilen des Freistaats existiert ein regionales und lokales (gesellschafts-)politisches Stimmungs- und Meinungsklima, in dem populistische Rede, die überzeichnet negative Deutung gesellschaftlicher Entwicklungen sowie verschwörungsideologische, aggressiv-autoritäre, rassistische und geschichtsrevisionistische Positionen nicht nur geduldet, sondern von großen Minderheiten der Bevölkerung geteilt werden. Somit hatte die AfD in den letzten Jahren eine ideale Basis dafür, sich zu etablieren. Verstärkt wurde dies durch die Verbreitung und Normalisierung von Desinformation und Propaganda in den sozialen Netzwerken sowie durch öffentlich verfügbare extrem rechte Medien. Zudem sind rechtsextreme Bewegungsstrukturen seit Jahrzehnten in Thüringen verankert, in den letzten Jahren traten „Neue Rechte“, das sogenannte Reichsbürger-Spektrum und andere verschwörungsideologisch-geschichtsrevisionistische Akteur\*innen vermehrt auf den Plan bzw. intensivierten ihre Aktivitäten. Sie bilden einen Teil des „Vorfeldes“ der AfD. Diese inszeniert sich im Freistaat als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“ und hat den offenen Schulterschluss mit Neonazis, Reichsbürger\*innen, Verschwörungsideolog\*innen und anderen selbst ernannten „Patrioten“ vollzogen (Arnold/Salheiser 2023). Immer wieder wurde appelliert, dass dem erstarkenden Rechtsextremismus vor allem von Seiten der demokratischen Politik und des Staates konsequenter entgegengetreten und eine umfassende politische Strategie gegen die extreme Rechte erarbeitet und umgesetzt werden muss. Die deutschlandweite Protestmobilisierung gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie, die diese Forderung in ihren Mittelpunkt stellt, hat seit Anfang 2024 auch Thüringen erfasst. So kam es auch zu Kundgebungen und Demonstrationen in Regionen, in denen dies vorher nicht geschah.

Der Zuspruch für die AfD bei den Wähler\*innen ist indessen – trotz leichter Rückgänge – hoch. Zuletzt (01.05.2024) stand die AfD in der „Sonntagsfrage“ zur Landtagswahl bei 30,0 Prozent der Stimmen.<sup>1</sup> Würde sie in der **Landtagswahl** am 1. September diesen Anteilswert tatsächlich erzielen, wäre die AfD stärkste Fraktion im Landtag. Würde dieser Anteilswert sogar übertroffen werden, könnte Björn Höcke eines seiner wichtigsten Ziele erreichen: Mit einer **Sperrminorität** von mindestens 30 der insgesamt 88 Abgeordnetensitze könnten wichtige Gesetzesvorhaben, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, blockiert werden. Dazu gehören Verfassungsänderungen wie die seit Jahren von Zivilgesellschaft und einigen

---

<sup>1</sup>Vgl. <https://dawum.de/Thueringen/>.

demokratischen Politiker\*innen geforderte Einführung von Antifaschismus-, Antirassismus- und Antisemitismusklauseln. Die AfD würde zudem als stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht für das wichtige Amt der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten beanspruchen. Ungeachtet dessen könnte die AfD bei einem ähnlich hohen Stimmenanteil bei der Landtagswahl ihre Einflusschancen erhöhen und sowohl finanzielle als auch organisatorische Ressourcenzuwächse realisieren.<sup>2</sup>

**Gegenwärtig sind Machtgewinne der AfD auf allen Ebenen nur durch den konsequenten Zusammenhalt aller Demokrat\*innen abzuwenden.** Denn die Stabilität demokratischer Mehrheitsverhältnisse in Thüringen ist derzeit nicht gewährleistet. Dies zeigte auch der knappe Ausgang der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis im Januar 2024, bei der der aussichtsreiche AfD-Kandidat Uwe Thrum zwar unterlag, aber in der Stichwahl absolute Stimmenzuwächse realisieren konnte (IDZ 2024). Allein der konsequente strategische Zusammenhalt gegen die AfD, die den Akteur\*innen des demokratischen Spektrums hohe Kompromissfähigkeit abverlangte, hat dies ermöglicht. Dies gilt es **in Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen, insbesondere aber für die Landtagswahl** im September zu beachten.

Der Wahlsieg des AfD-Kandidaten Robert Sesselmann bei der Landratswahl im Kreis Sonneberg 2023 verdeutlicht, dass es der Partei zunehmend gelingt, politische Unzufriedenheit mit Bundes- und Landespolitik auch **auf kommunaler und regionaler Ebene** für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und zu mobilisieren. Die Wahl des ersten AfD-Landrates in Deutschland hatte hohe symbolpolitische Wirkung, zumal die Thüringer AfD dadurch erneut die erwünschte deutschlandweite Aufmerksamkeit erhielt und die Wahl im kleinen Landkreis Sonneberg zum „Startschuss“ eines „Marsches“ auf die kommunalen Ämter und Institutionen ankündigte und propagandistisch überhöhte. Doch durch die ambivalenten Ausgänge der Oberbürgermeisterwahl im Nordhausen und der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis wurde sichtbar, dass es **keinen Wahlsieg-Automatismus für die AfD** gibt. Vielmehr ist evident, dass eine strategische Wahlentscheidung vieler Bürger\*innen, sich hinter einem\*er demokratischen Kandidaten\*in zu versammeln, die Übernahme von Ämtern und Mandaten durch die AfD verhindern kann. Allerdings bestehen mindestens zwei wichtige **Voraussetzungen für das Gelingen der Gegenmobilisierung aller Demokrat\*innen:**

*Erstens* müssen demokratische Parteien und ihre Kandidat\*innen sich bewusst sein, dass sie bei Stichwahlen auf **das breite Bündnis aller demokratischen Bürger\*innen** angewiesen sind. Sie dürfen deshalb nicht die Themen und Rhetorik der AfD übernehmen und müssen stattdessen eigene menschenrechtsbasierte Politikangebote vermitteln. Dies beinhaltet die Chance, möglichst inklusive, bürger\*innennahe und konkrete Sachpolitik in den Mittelpunkt zu stellen. Gegenseitige „Ideologie“- oder „Radikalismus“-Vorwürfe der demokratischen Kandidat\*innen dürften hingegen eher abschreckend auf jene Wähler\*innengruppen wirken, die letzten Endes mehr als das sprichwörtliche Zünglein an der Waage darstellen. Noch ungünstiger wären eine unklare oder nicht überzeugende Abgrenzung gegenüber AfD-Inhalten sowie ambivalente und relativierende Positionierungen hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit mit der AfD – ungeachtet auf welcher Ebene oder ob nun in Grundsatz- oder Sachfragen.

*Zweitens* darf **die demokratische Zivilgesellschaft nicht ermüden**, ihre Stimmenvielfalt gegen den Rechtsextremismus und gegen das Erstarken der AfD zu Gehör zu bringen – gerade dort, wo die AfD in den letzten Jahren erhebliche Bedeutungsgewinne erzielen konnte und sie bzw. die Anhänger\*innen und Sympathisant\*innen ihrer Politik bereits Diskurshegemonie beanspruchen. Einen wichtigen Beitrag zu den zurückliegenden Wahlniederlagen der Partei leisten ebenjene zivilgesellschaftlichen Bündnisse, die inzwischen auch in kleineren Städten im ländlichen Raum sehr viele Menschen sensibilisieren und mobilisieren können. Dabei ist es wichtig, nicht nur vor den möglichen Konsequenzen von AfD-Wahlerfolgen zu warnen, sondern eigene, konkrete Forderungen und Erwartungen gegenüber demokratischer Politik hinsichtlich der drängenden Zukunftsfragen in der Region bzw. vor Ort zu formulieren. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement für die Demokratie ist ein positives Signal für alle demokratischen Politiker\*innen im Freistaat, von denen einige allerdings daraus endlich die Konsequenzen ableiten müssen, dieses im besten Sinne bürgerliche Engagement angemessen zu

---

<sup>2</sup> Vgl. <https://verfassungsblog.de/thuringen-projekt/>.

würdigen und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, die **Förderung von Strukturen und Initiativen der Demokratiearbeit** zu unterstützen, abzusichern und „sturmfest“ zu machen.

Ein notwendiger Ausgangspunkt dafür besteht in der Einsicht, dass es gerade die **Akteur\*innen der demokratischen Bündnisse und Netzwerke** gegen Rechtsextremismus sind, die seit Jahren auch in Thüringen vor der AfD gewarnt und über sie aufgeklärt haben. Seit gut einem Jahrzehnt haben sie Belege dafür gesammelt und kritisch eingeordnet, dass die AfD aufgrund ihrer Ideologie, ihrer Programmatik, ihrer personellen Verflechtung mit rechtsextremen Bewegungsstrukturen und ihrer anhaltenden Mobilisierungserfolge zur gefährlichsten Akteurin für die Demokratie als Regierungs- und Gesellschaftsform in Deutschland und in Thüringen erstarkt ist. Der anhaltende Erfolgskurs der Partei und dessen mögliche bittere Konsequenzen für die Demokratie im Freistaat stehen jedoch in einem paradoxalen Verhältnis zur Tatsache, dass das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die AfD häufig immer noch unter erheblichen Rechtfertigungsdruck gerät und dem Verdacht des Extremismus und der antidemokratischen Intoleranz gegenüber „regierungskritischen“ oder „konservativen“ Bürger\*innen ausgesetzt wird. Auch in den **Medien** muss diesen demokratischen Akteur\*innen und ihren Inhalten mehr Gehör verschafft werden, anstatt Vertreter\*innen der AfD immer wieder eine Bühne zu bieten. Den Provokations- und Inszenierungsstrategien der AfD kann am besten entgegengewirkt werden, indem man in der Öffentlichkeit demokratische Stimmen stärkt, die konstruktive Beiträge für die Zukunft der Gesellschaft leisten und der extrem rechten Demokratieverachtung und populistischen Erzählungen die Stirn bieten.

Bezüglich der **Handlungsoptionen zur Eindämmung des Rechtsextremismus**, die bei der Bearbeitung der wissenschaftlich gut belegten Ursachen und Kontextbedingungen für sein Erstarken ansetzen, scheint immer noch nicht ausreichender Konsens im demokratischen Parteienspektrum zu bestehen. Obwohl prinzipiell der politische Wille besteht und in der Vergangenheit bereits erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, fordern zivilgesellschaftliche Akteur\*innen seit geraumer Zeit noch konsequenteres Handeln ein. Auch aus der Perspektive der Rechtsextremismus- und Demokratieforschung wird ein aktiverer und umfassenderer Demokratieschutz als dringend notwendig eingeschätzt. Die nachfolgend aufgezeigten Handlungsoptionen verstehen sich als Bausteine für **eine mittel- und langfristig wirksame Strategie** in der Thüringer Politik und Gesellschaft, mit welcher der Rechtsextremismus zurückgedrängt und der Erosion der demokratischen Kultur entgegenwirkt werden kann.

Diese Handlungsoptionen umfassen v. a. die nachfolgenden **10 Punkte**:

- 1) **Der Beschädigung der Demokratie durch den Rechtsextremismus entgegenwirken:** Egal ob auf kommunaler, regionaler oder Landesebene – wenn Mehrheiten organisiert und Beschlüsse verabschiedet werden, braucht es die prinzipielle Unabhängigkeit vom Stimmgewicht und von Beeinflussungsversuchen der AfD. Ein Kalkül der Zustimmung durch die AfD als „Mehrheitsbeschafferin“ oder Formen der Duldung durch die AfD stärkt nur deren Selbstverharmlosungs- und Normalisierungsstrategie. Die Selbststilisierung der AfD als „ausgegrenzte legitime Opposition“ dient vor allem zur Ansprache ihrer Wähler\*innen, die sich der kritischen Reflexion ihrer Wahlentscheidung entziehen. Sie darf nicht durch ein „Entgegenkommen“ belohnt werden. Die Immunisierung gegenüber dem zynischen Machtkalkül, der Fallenstellerei und den Erpressungsversuchen durch Demokratiefeind\*innen nützt allen demokratischen Parteien und erhöht ihre gemeinsamen Koalitions- und Machtoptionen. Hingegen helfen inhaltliche Zugeständnisse gegenüber der AfD und das Übernehmen ähnlicher Positionen nicht dabei, Wähler\*innenstimmen zu gewinnen – sie schrecken demokratisch eingestellte Wähler\*innen ab und stärken die AfD. Die demokratischen Parteien müssen in den Wettstreit um die besten Ideen für die Zukunft Thüringens eintreten und ihre unterschiedlichen Visionen dafür noch breiter und verständlicher kommunizieren. Gleichzeitig müssen sich Politik und Verwaltung besonders auf kommunaler und regionaler Ebene gegen rechtsextreme Destruktionsversuche wappnen, um auch unter veränderten Macht- und Mehrheitsverhältnissen vor Ort weiterhin rechtsstaatliches, demokratisches und menschenrechtsorientiertes Handeln gewährleisten zu können.

- 2) **Ein Zukunfts- und Stabilitätspakt für die Thüringer Demokratie:** Thüringen braucht ein nachhaltiges Soziales-Wachstum-Programm, das den drängenden Transformationserfordernissen gerecht wird und auch die gesellschaftliche Resilienz gegen Krisen erhöht. Ungeachtet dessen, welche demokratische Partei die zukünftige Regierungskoalition im Thüringer Landtag anführen wird, ob eine Mehrheits- und Minderheitenregierung gebildet wird und wer die\*den zukünftige\*n Ministerpräsident\*in Thüringens sein wird, muss ein neuer Stabilitätspakt zwischen demokratischer Regierung und demokratischer Opposition geschlossen werden, der die effektive politische Gestaltung der Zukunft des Freistaats gewährleistet. Der Zwist zwischen Demokrat\*innen stärkt Politikverdrossenheit und populistische Versuchungen – doch mit praktikablen, konstruktiven Kompromissen im Sinne des Wohls des Landes und seiner Bevölkerung kann politisches Vertrauen gestärkt und auch zurückgewonnen werden. Thüringen braucht vernünftige, visionäre und mutige Politik, die alle Potenziale des Freistaates nutzt. Dies betrifft die Politikfelder Bildung, Wohnen, Pflege und Gesundheit, die Bekämpfung von Armut (Armutsgefährdung), die Förderung der vielfältigen Formen von Familie und fürsorglicher Vergemeinschaftung, Arbeitsplatzsicherung, regionale Wirtschafts- und Kulturförderung, öffentliche (insbesondere soziale) Infrastruktur, Mobilität, Energie und Klimaschutz sowie eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Migrationspolitik, die auch die soziodemografischen und -ökonomischen Erfordernisse „schrumpfender“ Regionen in den Blick nimmt. Angesichts der derzeitigen Repräsentationskrise gilt es dabei auch, neue Formen des Bürgerengagements und der Partizipation zu eröffnen, um die demokratische Selbstwirksamkeit der Bürger\*innen zu stärken.
- 3) **Handlungsrahmen gegen rechtsextreme Parteien prüfen und ausschöpfen:** Sowohl demokratische Politik als auch öffentlicher Dienst müssen ihr Handeln darauf ausrichten, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht nur abstrakter Staatsauftrag ist, sondern konkrete Konsequenzen haben muss. Die rechtlichen Möglichkeiten der Behandlung der AfD als demokratiefeindliche rechtsextreme Partei müssen belastbar und möglichst zügig geprüft und umfassend ausgeschöpft werden.
- 4) **Abgewertete, bedrohte und angegriffene Menschen konsequenter schützen – wirksamer gegen Rechtsextremismus vorgehen:** Generell müssen Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit mit stärkerer staatlicher Repression unter Ausschöpfung aller rechtsstaatlich gebotenen und möglichen Mittel begegnet werden. Zu diesen Maßnahmen gehört die intensivierete polizeiliche und staatsanwaltliche Ermittlung und Strafverfolgung bei rassistischen und antisemitischen Straftaten sowie gegen Rechtsextreme (u. a. Neonazis und „Reichsbürger“). So dürfen Strafverfahren nicht verschleppt und Täter\*innen nicht durch milde Schuldsprüche zu weiteren Taten ermutigt werden. Ebenso wichtig ist die Überprüfung, Disziplinierung und Entfernung rechtsextrem eingestellter Mitarbeiter\*innen und Anwärter\*innen des öffentlichen Dienstes, die konsequente Durchsetzung des Versammlungsrechts bei unangemeldeten Demonstrationen; die rechtliche Prüfung und Erwirkung öffentlicher Versammlungs-, Auftritts- und Veranstaltungsverbote für extrem rechte und antidemokratische Akteur\*innen in Thüringen sowie die ausnahmslose Verhinderung der Vermietung kommunaler Immobilien für Veranstaltungen und anderweitige Nutzung durch extrem rechte und antidemokratische Parteien, Vereine, Netzwerke oder Initiativen. Der „Meinungsfreiheit“ sind in Deutschland und Thüringen bewusst Grenzen gesetzt. Klagewütigen Demokratiefeind\*innen zum Trotz muss hier mehr Mut zur selbstbewussten Gegenwehr aufgebracht werden.
- 5) **Schutz und Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft:** Aus dem staatlichen Handlungsauftrag gegen Rechtsextremismus ergeben sich zwingend auch die Unterstützung und der Schutz jener Teile der Zivilgesellschaft, die sich – überwiegend ehrenamtlich – gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung und für die Demokratie engagieren. Ein unhaltbarer Zustand ist beispielsweise, dass zivilgesellschaftlichen Organisationen eine „Meinungsneutralität“ auferlegt wird oder sie sogar um ihren Gemeinnützigkeitsstatus fürchten müssen, wenn sie sich deutlich gegen rechtsextreme Parteien

aussprechen, über diese aufklären und dezidiert zur Nichtwahl dieser Parteien aufrufen. Gerade durch die regionalen Machtzugewinne der Rechtsextremen steht die demokratische Zivilgesellschaft Thüringens unter massivem Druck. Die staatliche Demokratieförderung muss daher zügig Konzepte zur Absicherung und Stabilisierung der prekären Trägerlandschaft und Projektstrukturen implementieren, die jene vor demokratiefeindlicher Dominanz und Kahlschlagpolitik insbesondere auf kommunaler bzw. regionaler Ebene schützen. U.a. braucht es mehr finanzielle und politische Unabhängigkeit für regionale und kommunale Akteursnetzwerke wie die Lokalen Partnerschaften für Demokratie. Vor allem aber das ehrenamtliche Engagement gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung braucht stabile Rahmenbedingungen und konkrete Unterstützung. Da dies nicht vom neuen Demokratiefördergesetz im Bund geleistet werden kann, braucht es dafür schnellstmöglich einen effektiven Maßnahmenplan auf Landesebene.

- 6) **Offensive gegen Desinformation:** Es braucht in Thüringen wirksame, flächendeckende und entsprechend investitionsstarke Maßnahmen zur Zurückdrängung des Einflusses rechtsextremer Ideologie – zuvorderst in analogen und digitalen öffentlichen Räumen. Dies umfasst u. a. zielgruppenspezifische Initiativen zur Erhöhung von Medienkompetenz im Umgang mit Desinformationen, Verschwörungsideologie und antidemokratischen Erzählungen. Wichtig ist außerdem die dauerhafte Entfernung der einschlägigen Publikationen mit antidemokratischen, geschichtsrevisionistischen und diskriminierenden Inhalten aus der Auslage in Zeitungskiosken und Buchläden unter besonderer Berücksichtigung des Kinder- und Jugendschutzes. Des Weiteren denkbar sind reichweitenstarke Social-Media- und Plakataktionen zur Aufklärung und Bildung eines Gegengewichtes zu extrem rechter Propaganda, in denen die negativen Folgen extrem rechter Machtzugewinne für die gesamte Bevölkerung und die Zukunft des Freistaats verdeutlicht werden.
- 7) **Mehr Aufklärung und Information über Rechtsextremismus:** Der Bagatellisierung und Selbstverharmlosung der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit muss durch stärkere Sensibilisierung und überzeugendere Argumentation Einhalt geboten werden. Dazu gehört die Bereitstellung eines möglichst breiten Spektrums leicht zugänglicher, zielgruppenspezifischer und verständlicher Informationsmaterialien; u.a. zur faktenbasierten Erklärung und Einordnung rechtsextremer Falschbehauptungen sowie zur Bedeutung rechtsextremer bzw. menschenfeindlicher Ideologie, Inhalte und Sprache (z.B. zur Gestalt und Funktion aktueller neofaschistischer und antisemitischer Umwegkommunikation, die sich als „bürgerlich-demokratisch“ maskiert; Dekonstruktion verbreiteter extrem rechter „Kulturkampf“-Narrative usw.).
- 8) **Bessere Bildung – für Demokratie und Menschenrechte:** In der schulischen und außerschulischen Bildung, vor allem auch in der Erwachsenenbildung, muss stärkeres Gewicht auf die effektive Vermittlung von Kenntnissen über politische Prozesse, Institutionen und Zusammenhänge sowie auf die Befähigung zu konstruktiver politischer Teilhabe und demokratischer Selbstwirksamkeit gelegt werden. Sehr wichtig ist auch die Vermittlung demokratischer, humanistischer, liberaler und solidarischer Werte und Normen, historischen und interkulturellen Wissens, die Ausbildung der Kritikfähigkeit gegenüber antidemokratischen und menschenfeindlichen Ideologien, Politiken und diskriminierenden Alltagspraktiken sowie die Erhöhung von Medienkompetenz – insbesondere im Umgang mit den sozialen Medien und in Konfrontation mit antidemokratischer Diskursübernahme, Propagandatechniken und Beeinflussungsversuchen durch rechtsextreme (jugend-)subkulturelle Angebote. Pädagog\*innen und Sozialarbeiter\*innen müssen durch entsprechende Aus- und Weiterbildungen, Lehrplanvorgaben und Dienstanweisungen Praxiskompetenzen erlangen und Handlungssicherheit erhalten. Gerade in der kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Phänomenen des Rechtsextremismus besteht hier großer Handlungsbedarf. Der oft zitierte „Beutelsbacher Konsens“ zur politischen Bildung verbietet Überwältigung, fordert aber ausdrücklich Kontroversität, die selbstverständlich im Rahmen der Verfassungsordnung bleiben

und damit beispielsweise der Relativierung oder Verharmlosung des (historischen) Nationalsozialismus und Faschismus, der SED-Diktatur, aktuellen Formen des Antisemitismus und den unterschiedlichen Facetten von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegenzutreten muss. Auch die legitimen Grenzen der Meinungsfreiheit müssen hier noch deutlicher nachgezeichnet werden als bisher.

- 9) **Demokratische Jugendsozialarbeit und Digital Streetwork:** Gestärkt werden müssen die personellen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen für demokratische Jugendsozialarbeit – gerade für Jugendliche, die aufgrund ihres soziokulturellen Umfelds besonders gefährdet sind, demokratie- und menschenfeindlicher Agitation und Indoktrination ausgesetzt zu werden und die vielfältigen Unterhaltungs-, Deutungs- und Sozialisationsangebote extrem rechter Subkulturen anzunehmen, die zum Teil drastisch gegen die Kinder- und Jugendschutzbestimmungen verstoßen. Diese schädlichen Einflüsse bestehen nicht nur hinsichtlich rechtsextremer Musik, des Sports, des Gamings und der digitalen Kommunikationssphären, sondern sie betreffen die gesamte Lebenswelt und Alltagskultur junger Menschen, die inzwischen bedenklich stark von einer Normalisierung und Tradierung extrem rechter Denk- und Handlungsmuster geprägt sind. Hier sind mehr attraktive Gegenangebote und überzeugendere Alternativen gefragt – landesweit, flächendeckend und dauerhaft strukturbildend.
- 10) **Neue Wege und Formen zivilgesellschaftlichen Engagements und demokratischer Bündnisse:** Auch wenn zumindest ein Teil der oben genannten Maßnahmen realisiert werden, muss sich die demokratische Zivilgesellschaft Thüringens vermutlich auf noch schwierigere Zeiten als bisher vorbereiten. Umso wichtiger dürfte es sein, innovative, kreative Aktions- und Organisationsformen zu etablieren. Dafür braucht es Zuversicht, utopisches Denken, praktische Ideen und selbstverständlich engagierte Menschen, die der Verunsicherung oder gar Resignation die Stirn bieten. Außerdem ist es ratsam, breite strategische Allianzen und Kooperationen mit allen anzustreben, die trotz Einstellungs-, Interessens- und Milieuunterschiede wissen, was derzeit auf dem Spiel steht und nicht nur den Willen, sondern auch die Fähigkeiten und Ressourcen aufbringen, gemeinsam rechtsextreme Machtzugewinne zu verhindern. Demokratieschutz ist der „gemeinsame Nenner“, denn es geht um das „große Ganze“. Dafür gibt es bereits mehrere Good-Practice-Beispiele innerhalb und außerhalb Thüringens. Gleichzeitig gilt es, auf unterschiedlichen eigenen Pfaden die gesellschaftliche Entwicklung im Freistaat weiter anzutreiben und selbstbewusst mitzugestalten – ob nun aus progressiver, solidarischer, konservativer oder liberaler Perspektive. Diese Vielfalt produktiv zu nutzen, wird die wichtigste Aufgabe für die nächsten Jahre sein und ist eine Wachstumschance für die Demokratie in Thüringen.

## Literatur

- Arnold, Romy/Salheiser, Axel (2023): Die Thüringer AfD als „Friedenspartei“ im Kriegs- und Krisenjahr 2022. In: MOBIT, ezra, KomRex, IDZ [Hrsg.] (2023): Thüringer Zustände 2022. Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen. Erfurt und Jena, S. 27–36.
- IDZ (2024): Kein blauer Start ins Thüringer Wahljahr: Analyse zur Landratswahl 2024 im Saale-Orla-Kreis. IDZ-Kurzanalyse #5, 31. Januar 2024. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online: [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Kurzanalyse\\_SOK\\_Wahl\\_2024.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Kurzanalyse_SOK_Wahl_2024.pdf)
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2024): Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2023. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Politikwissenschaft/KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.

Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2019a): Die AfD zur Kreistagswahl in Thüringen 2019. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. Forschungsbericht, September 2019. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena.

Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2019b): Rechtsradikale Landnahme: Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden. Forschungsbericht, September 2019. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena.

Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2022): Demokratie auf dem Rückzug? Die Ursachen der Wahlerfolge der AfD in Thüringen und zur Bundestagswahl 2017. In: H. U. Brinkmann/K.-H. Reuband [Hrsg.]: Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Springer VS: Wiesbaden.

Salheiser, Axel/Christoph Richter (2021): Die Bundestagswahl 2021 in Thüringen: Rechtsradikalismus und regionale politische Kultur. In: Wissen schafft Demokratie, Band 10: Schwerpunkt Ursachen von Rechtsextremismus und Ungleichwertigkeitsideologien, S. 50-63.